

Grömling, Michael

Research Report

Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland

IW-Report, No. 11/2024

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Grömling, Michael (2024) : Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland, IW-Report, No. 11/2024, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/283626>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland

Michael Grömling

Köln, 22.02.2024

IW-Report 11/2024

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/iw_koeln)

Autor

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter des Kooperationsclusters

Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Februar 2024

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Multiple Belastungen durch Pandemie und Geopolitik	5
2 Wirtschaftskrisen im Vergleich	6
3 Modellrechnung zu den Kosten der Krisen	9
4 Krisenschäden im Vergleich	10
5 Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage	12
6 Schlussbemerkungen	15
Abbildungsverzeichnis.....	17
Literaturverzeichnis	18

JEL-Klassifikation

E6 – Wirtschaftspolitik; makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen und allgemeine Perspektive

E32 – Konjunkturschwankungen; Konjunkturzyklen

I15 – Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung

Stichwörter: Konjunktur, Geopolitik, Corona-Pandemie, Wohlstand

Zusammenfassung

Die großen Krisen der vergangenen vier Jahre – zunächst die Pandemie und dann die russische Invasion in der Ukraine mit ihren geopolitischen Verwerfungen – haben ihren Preis. Eine aktualisierte Bilanzierung dieser Krisenlasten kommt zu einem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung in Deutschland in einer Größenordnung von insgesamt 545 Milliarden Euro in diesem Zeitraum. Bei dieser Schätzung der preisbereinigten Wertschöpfungsverluste in Deutschland wird der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt, bei dem ein ökonomisches Umfeld unterstellt wird, in dem es die Pandemie, den Krieg in der Ukraine, den Konflikt im Nahen Osten und die insgesamt damit verbundenen geoökonomischen Anpassungslasten nicht gibt. Werden die bisherigen Wertschöpfungsausfälle in Deutschland infolge der Pandemie und der Geopolitikkrise mit den Einbußen während der Strukturkrise 2001/2004 und der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 verglichen, dann zeigt sich, dass das in den jeweils ersten 16 Krisenquartalen aufgelaufene Schadensausmaß in absoluten Größen mit jeder Krise höher ausgefallen war. In der Strukturkrise waren es rund 255 Milliarden Euro und im Verlauf der globalen Finanzmarktkrise 445 Milliarden. In relativer Betrachtung waren die höchsten Ausfälle (mit insgesamt knapp 4 ½ Prozent der tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in den vier Jahren) während der Finanzmarktkrise zu verzeichnen. Im Gefolge der Strukturkrise beliefen sie sich auf gut 3 Prozent. Bislang waren in den 16 Quartalen seit Ausbruch der Corona-Pandemie Einbußen in Höhe von knapp 4 Prozent der tatsächlichen Wirtschaftsleistung dieser vier Jahre zu verzeichnen. Mit dem aktuellen Wertschöpfungsverlust auf der Entstehungsseite der Volkswirtschaft gehen Konsumausfälle in Höhe von gut 400 Milliarden Euro bezogen auf die Jahre 2020 bis 2023 einher. Das entspricht zum einen gut 5 ½ Prozent des Konsums in dieser Zeit und zum anderen einer Konsumeinbuße je Einwohner von insgesamt rund 4.800 Euro. Während zunächst die eingeschränkten Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten und die krisenbedingten Verhaltensänderungen den Konsum einschränkten, sorgten die Kaufkraftverluste durch den kriegsbedingten Energieschock für Einbußen in den vergangenen beiden Jahren. Die Ausfälle bei den Investitionen in Ausrüstungen, Bauten und immaterielle Kapitalgüter belaufen sich bezogen auf die vergangenen 16 Quartale auf insgesamt 155 Milliarden Euro. Das entspricht gut 5 ¼ Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen dieser vier Jahre. Diese Investitionsverluste haben langfristig bremsende Auswirkungen auf das Produktionspotenzial in Deutschland und die wirtschaftliche Entwicklung.

1 Multiple Belastungen durch Pandemie und Geopolitik

Die wirtschaftlichen Aktivitäten kommen in Deutschland nicht mehr von der Stelle. Auch im Jahr 2024 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Maßgabe der aktuell verfügbaren Konjunkturinformationen mehr oder weniger auf dem Niveau des Jahres 2019 verharren (Bardt et al., 2023). Mit dieser lang anhaltenden Stagnation gehen hohe Wertschöpfungsausfälle und entsprechende Einbußen bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage einher. In dem vorliegenden Beitrag werden vorhergehende Schätzungen (Grömling, 2022a) zu den ökonomischen Kosten der Krisen in den vergangenen vier Jahren überarbeitet und aktualisiert. Die vielfältigen Dimensionen einer umfassenden Wohlstandsbewertung der Pandemie und der geopolitischen Verwerfungen auf das Produktionspotenzial (Grömling, 2021) oder auf den Arbeitsmarkt und den Staatshaushalt (Grömling et al., 2022) werden in dem vorliegenden Beitrag nicht thematisiert. Der Betrachtungszeitraum umfasst die letzten 16 Quartale, die von der Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und der gesamten geopolitischen Weltlage über verschiedene Transmissionskanäle geprägt waren.

Die **Corona-Pandemie** entfaltete sich ab dem Frühjahr 2020 schnell zu einer Schock-Kombination mit vielfältigen makroökonomischen Auswirkungen (Grömling, 2021): Im Gegensatz zu vorhergehenden Konjunkturkrisen, die durch einen spezifischen Schock (z. B. Ölpreisschock oder Finanzmarktprobleme) ausgelöst wurden, kam es zu simultanen Angebots- und Nachfrageschocks. Erkrankungen, gesundheitspolitisch begründbare Einschränkungen sowie produktions- und transportbedingte Materialengpässe beeinträchtigten die Geschäftsprozesse in allen Branchen über geraume Zeit. In Deutschland waren vorhergehende Konjunkturkrisen in der Regel Industriekrisen. Die Pandemie und die zu ihrer Eindämmung vorgenommenen Maßnahmen trafen nunmehr die Breite der Volkswirtschaft. Während die Dienstleister in früheren Krisen meist die Konjunktur stabilisierten, kamen vor allem die personenbezogenen Branchen selbst unter Druck. Die Lockdown-Maßnahmen lähmten zudem die Nachfrageseite: Ein Teil der Konsummöglichkeiten und Dienstleistungsgeschäfte waren im Gefolge der Lockdowns schlichtweg nicht möglich. Zudem gingen die Investitionen zurück. Die Handelsbeschränkungen und der weltweite Konjunkturreinbruch setzten dem Außenhandel zu. Nicht zuletzt schufen die Unsicherheiten über den Verlauf der Pandemie und hinsichtlich einer erfolgreichen Impfung der Bevölkerung ökonomische Ungewissheiten. Die vielfältigen Transmissionskanäle, die breite sektorale Betroffenheit in hochgradig miteinander verflochtenen Volkswirtschaften sowie die fehlende Erfahrung mit der Wirksamkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen gingen über eine längere Zeit mit multiplen Verunsicherungen und Störungen der Geschäftsabläufe einher.

Geopolitische Schocks wirken seit der globalen Finanzmarktkrise verstärkt auf die Volkswirtschaften und ihre einzelnen Branchen ein (Grömling, 2024). Die Corona-Pandemie dürfte zu einer weiteren geopolitischen Fragmentierung beigetragen haben (Aiyar et al., 2023). Das deutet der starke Anstieg von handelsbeschränkenden Maßnahmen, etwa Exportbeschränkungen bei medizinischen Gütern, in den Jahren 2020 und 2021 an. Zudem haben die pandemiebedingten Störungen der globalen Lieferketten und die damit einhergehenden Produktions- und Versorgungsbeschränkungen die Forderungen nach ökonomischer Souveränität und einer höheren Resilienz von Wertschöpfungsketten ausgelöst und vorweg bereits bestehende geopolitische Neuorientierungen verstärkt (Kolev/Matthes, 2021). Denn die deutsche Industrie befand sich bereits im Jahr 2019, also vor Ausbruch der Corona-Pandemie, in einer Rezession. Dies kann zum Teil mit den im Vorfeld aufgetretenen geopolitischen Schocks erklärt werden. Als Beispiele können die jeweils im Jahr 2016 stattgefundene Entscheidung im Vereinigten Königreich hinsichtlich des Austritts aus der Europäischen Union (Brexit) und der Wahlausgang in den USA und die darauffolgenden protektionistischen Maßnahmen der Trump-Administration angeführt werden. Beide Beispiele stehen für eine geoökonomische Fragmentierung

zwischen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – mit vielfältigen Auswirkungen auf die Angebots- und Nachfragebedingungen der betroffenen Branchen und Unternehmen. In diesem Kontext nahm auch die Gefahr von industriepolitischen Subventionswettläufen zu. Zudem verstärkte der Systemkonflikt zwischen den USA und China die Abschottungsmechanismen von Volkswirtschaften über tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse. In diesem Umfeld haben sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China verschlechtert. Es bleibt abzuwarten, wie sich die geopolitische Neupositionierung von großen Schwellenländern auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auswirken kann und wird. Eine politische Blockbildung kann jedenfalls dazu führen, dass sich auch die globalen Handelstätigkeiten jeweils in diesen Blöcken konzentrieren.

Die **militärischen Konflikte und Kriege** führen zu Handelsbeschränkungen und verstärken die geopolitischen Blockbildungen. Der nunmehr seit zwei Jahren wütende Krieg in der Ukraine, die Konflikte im Nahen Osten sowie die gesamte geopolitische Weltlage wirken über mehrere Transmissionskanäle auf die Volkswirtschaften ein (Grömling, 2022b): Die im späten Jahresverlauf 2021 nachlassenden pandemiebedingten Liefer- und Produktionsprobleme werden seit dem Frühjahr 2022 durch Beschränkungen und Verunsicherungen bei der mengenmäßigen Energieversorgung abgelöst. Die Lage im Nahen Osten und die Auswirkungen auf den globalen Schiffsverkehr verstärken seit dem Herbst 2023 diese Effekte. Dies trifft energie-, rohstoff- und materialintensive Wirtschaftsbereiche direkt in ihrer Produktionsfähigkeit und in ihrer eigenen Lieferfähigkeit. Die geopolitisch bedingten Versorgungsrisiken mit Energie und Vorleistungen verursachen zusätzliche Kostenschocks und erhöhen die Transaktionskosten der Unternehmen – mit entsprechenden Implikationen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit (Grömling/Bardt, 2023). Das höhere Preisniveau auf der Erzeuger- und Verbraucherebene belastet schließlich die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Der Außenhandel leidet unter der geopolitisch geschwächten Weltkonjunktur. Im Gefolge der unsicheren Wirtschaftsperspektiven und steigenden Finanzierungskosten schränken Firmen ihre Investitionen ein.

Die Pandemie und die geopolitischen Verwerfungen betreffen die einzelnen Volkswirtschaften und ihre Wirtschaftsbereiche unterschiedlich. Die Investitions- und Konsumneigung leidet weltweit darunter und in diesem schwachen globalen Umfeld tut sich die deutsche Wirtschaft generell schwer. Ihre Offenheit und die damit verbundene hohe Export- und Importtätigkeit machen sie überdurchschnittlich anfällig für geoökonomische Schocks und eine sich abschwächende Weltwirtschaft. Aufgrund des im internationalen Vergleich hohen Industrieanteils bekommt Deutschland die globalen Versorgungsrisiken und vorleistungsbedingten Kostenschocks stärker zu spüren als andere Volkswirtschaften. Das gilt derzeit in besonderem Maß für die energieintensiven Industrien, die eine wichtige Basis für die stark arbeitsteilig aufgestellten Industrieprozesse sind. Der im internationalen Vergleich hohe Anteil an Investitionsgüterproduktion macht die deutsche Industrie zudem stärker anfällig für globale Investitionsschwächen (Grömling, 2024).

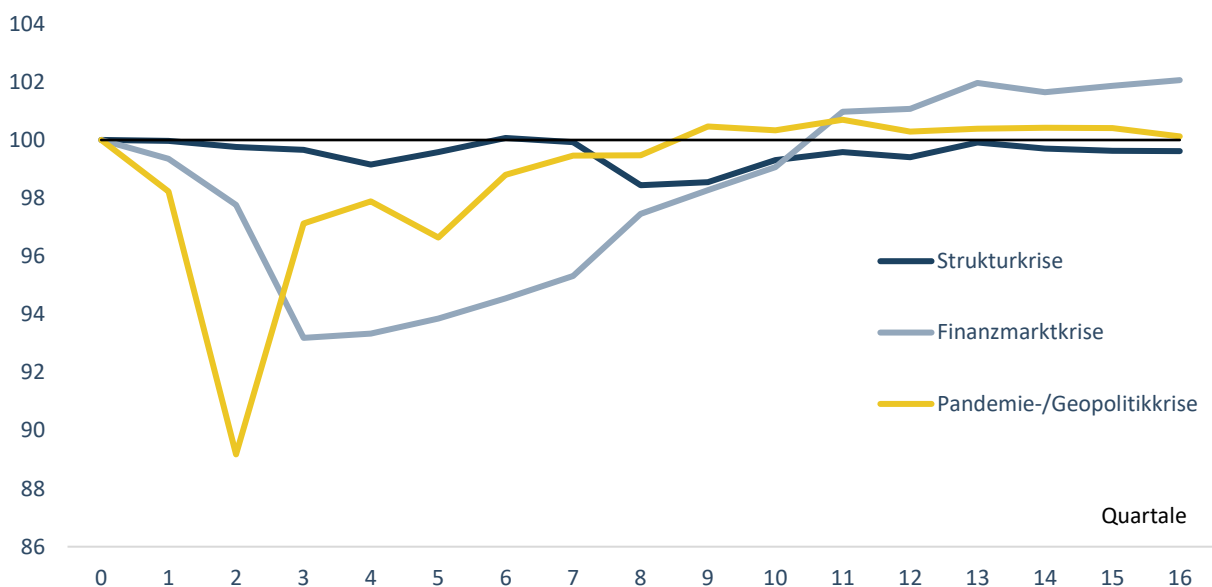
2 Wirtschaftskrisen im Vergleich

Die in dem vorliegenden Beitrag vorgenommene Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Einbußen, die mit den oben dargelegten Schocks bislang einhergingen, werden in diesem Beitrag mit den entsprechenden Auswirkungen in früheren Krisen in Deutschland verglichen. Das soll in erster Linie dazu beitragen, das Ausmaß der aktuellen Belastungen einzuordnen. Als Vergleichsbasis werden zwei Krisen von besonderer Bedeutung in Deutschland in den vergangenen beiden Dekaden herausgegriffen. Zum einen die Strukturkrise und lange Stagnationsperiode von 2001 bis 2004 und zum anderen die globale Finanzmarktkrise der Jahre 2008 und

2009. Abbildung 2-1 zeigt für eine erste Einordnung die Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP in den ersten 16 Quartalen nach Ausbruch der jeweiligen Krisen. Für das Vorkrisenquartal der Strukturkrise wird das erste Quartal 2001 und für die Finanzmarktkrise das zweite Quartal 2008 gesetzt. Zwar war bereits vorher ein Rückgang des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP zu verzeichnen und die Finanzmarktprobleme waren schon im Sommer 2007 ein weitreichendes Thema. Im dritten Quartal 2008 kam es allerdings mit dem Insolvenzantrag der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers zu einem Schlüsselereignis und das BIP in Deutschland ging danach merklich zurück. Die Ursachen und Folgen beider Krisen werden im Weiteren kurz dargelegt. Für die Pandemie- und Geopolitikkrise wird als Vorkrisenquartal das vierte Quartal 2019 gesetzt. Davon ausgehend befindet sich die deutsche Wirtschaft vier Jahre in einer Krise. Abbildung 2-1 verdeutlicht, dass nach diesen nunmehr 16 Quartalen die Wirtschaftsleistung auf dem Vorkrisenniveau liegt. Das ist nahezu identisch mit der Strukturkrise zu Beginn des Jahrtausends. Etwas besser war die Lage nach 16 Quartalen im Gefolge der Finanzmarktkrise. Gleichwohl kam die in der zweiten Jahreshälfte 2009 eingesetzte Erholung im Jahr 2011 aufgrund der Europäischen Staatsschuldenkrise wieder ins Stocken. Im Weiteren werden kurz die Hintergründe dieser beiden Referenzkrisen erläutert.

Abbildung 2-1: Krisenverläufe in Deutschland im Vergleich

Verlauf des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP in den Quartalen nach Ausbruch der Krise¹⁾;
 Index: Vorkrisenquartal 0 = 100



Vorkrisenquartal der Strukturkrise (erstes Quartal 2001), der Finanzmarktkrise (zweites Quartal 2008) und der Pandemie-/Geopolitikkrise (viertes Quartal 2019).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Noch zur Jahrtausendwende herrschte eine hohe wirtschaftliche Zuversicht in Deutschland und das Jahr 2000 war für die deutsche Wirtschaft sogar das wachstumstärkste Jahr seit der Wiedervereinigung. Im Jahresverlauf 2001 setzte – wie auch in anderen Ländern – eine deutliche konjunkturelle Verlangsamung ein, die schließlich in Deutschland zu einer anhaltenden **Stagnation und Strukturkrise** führte. Die amerikanische Wirtschaft war bereits ab Mitte 2000 rückläufig. Denn im Jahr 2000 kam es nach einer langen Phase vergleichsweise niedriger und stabiler Ölpreise zu einem starken Anstieg und im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 lagen die Ölpreise um rund 50 Prozent über dem Niveau der 1990er Jahre. Die damit einhergehenden Kaufkraftverluste bremsten den Konsum. Energieintensive Branchen erlebten einen Kostenschock. Zudem

platzte im Jahr 2000 die sogenannte New-Economy-Blase. Die fehlende Nachhaltigkeit einer Reihe von IKT-Firmen und Bilanzierungsskandale in den USA führten zu starken Einbrüchen an den globalen Börsen mit negativen Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung und zu negativen Vermögenseffekten. Schließlich verursachten die Terroranschläge im Jahr 2001 einen Anstieg der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten mit entsprechenden Auswirkungen auf das weltweite Investitionsklima. Nachdem der Euro zunächst bis Ende 2000 gegenüber dem US-Dollar abgewertet hatte, kam es ab Anfang 2002 bis Mitte 2003 zu einer kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar um 30 Prozent und damit zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft litt erheblich stärker unter diesen Belastungen als etwa die US-Wirtschaft oder andere europäische Länder. Abbildung 2-1 zeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung vom Frühjahr 2001 bis in das Jahr 2004 hinein auf der Stelle trat. Diese Phase markierte die bisher längste Stagnationsphase in Deutschland in der Nachkriegszeit. Die schwächere Gangart der Weltwirtschaft bremste das deutsche Exportwachstum ab. Trotz der Aufwertung des Euro kam es allerdings zu keinem Rückgang. Die aufgezeigte Kumulation von negativen Schocks traf jedoch auf ein wirtschaftliches Umfeld, das von ausgeprägten Standortproblemen und verschleppten Reformnotwendigkeiten geprägt war (SVR, 2002). Die ansteigende Arbeitslosigkeit reflektierte diese Strukturprobleme. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg im Zeitraum 2001 bis 2005 um gut 1 Million auf fast 4,9 Millionen an. Ein weiterer Indikator für die damaligen Strukturprobleme war die ausgeprägte Investitionskrise. Die Bruttoanlageinvestitionen waren in den Jahren 2001 bis 2004 durchgängig rückläufig und sie lagen preisbereinigt im Jahr 2004 um über 10 Prozent unter dem Niveau von 2000.

Auslöser der **globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/2009** waren erhebliche Probleme am Immobilienmarkt in den USA, die zunächst dort zu Finanzmarktproblemen führten (Grömling, 2024). Da diese Immobilienkredite weltweit verkauft wurden, beschränkten sich die Anpassungslasten nicht nur auf die Banken, die direkt in die Kreditvergabe involviert waren. Es entstand eine weltweite Ansteckung durch Kreditausfallrisiken und eine Vertrauenskrise an den globalen Finanzmärkten. Daraufhin setzten vielfältige realwirtschaftliche Übertragungseffekte ein: Steigende Zinsen und Risikoprämien, höhere Sicherheitsanforderungen bei der Kreditvergabe sowie die insgesamt eingeschränkte Kreditvergabe der Banken führten zu einer Kreditklemme („credit crunch“) für private Haushalte und Unternehmen. Daraufhin kam es zu einem Einbruch der Investitionstätigkeit in vielen Ländern und zu einem Ende des vorherigen globalen Investitionsbooms. In Deutschland lagen die realen Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2009 um knapp 10 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang der weltweiten Investitionsgüternachfrage führte in Deutschland zu einem starken Einbruch der Investitionsgüterproduktion und somit zu einer stärkeren Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Vergleich mit anderen fortgeschrittenen Ländern. Nach der Ansteckung der Realwirtschaft (Makroökonomische Krise) durch die Finanzmarktkrise kam es zu einer Staatsschuldenkrise im Euroraum, wobei sich diese drei Krisen wechselseitig verstärkten (SVR, 2012, 64 ff.). Im Gefolge der Europäischen Staatsschuldenkrise kam es zu einer erneuten Industrierezession in Deutschland, die vorwiegend das Jahr 2012 prägte. Auch hier kann eine rückläufige Nachfrage nach Investitionsgütern (vor allem in Europa) als eine Hauptursache diagnostiziert werden. Ab Anfang 2013 setzte dann eine Erholung der internationalen Investitionstätigkeit und eine mehrjährige Expansion der Industrieproduktion in Deutschland ein – mit starken gesamtwirtschaftlichen Impulsen. Diese Entwicklung endete zum Jahresende 2018 – auch im Gefolge der bereits genannten geopolitischen Veränderungen (s. Abschnitt 1).

3 Modellrechnung zu den Kosten der Krisen

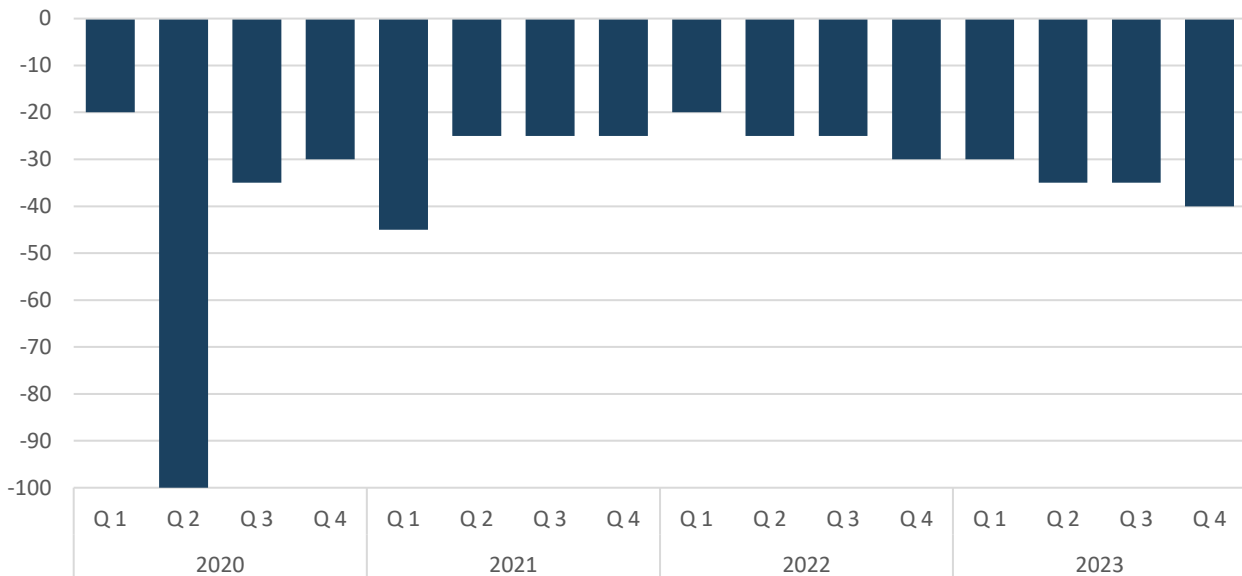
Aufgrund der in Abbildung 2-1 sichtbaren Einbrüche beim realen BIP in Deutschland im Frühjahr 2020 als auch der beiden pandemiebedingten Rückschläge im Winterhalbjahr 2020/2021 sowie im Schlussquartal 2021 hatten sich bereits erhebliche wirtschaftliche Kosten akkumuliert (Grömling, 2022a). Die un stetige Normalisierung wurde mit der russischen Invasion in der Ukraine im ersten Quartal 2022 gestoppt und seitdem stagnieren die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland. Um Wirtschaftsausfälle im Gefolge der Pandemie und der geopolitischen Krise zu beziffern, können zumindest zwei Perspektiven eingenommen werden (Grömling et al., 2022):

- Zum einen kann ein Vergleich mit der Wirtschaftsleistung vor der Pandemie oder dem Kriegsausbruch herangezogen werden. Dies könnte zum Beispiel mit Blick auf die gesamten 16 Quartale, in denen sich die Auswirkungen dieser beiden Schocks niederschlagen, gegenüber dem vierten Quartal 2019 oder gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019 erfolgen. Bei dieser Perspektive wird jedoch nicht berücksichtigt, dass sich das Wirtschaftsleben ohne die Pandemie und die geopolitischen Verwerfungen weiterentwickelt hätte und voraussichtlich nicht auf dem Niveau des Jahres oder des Schlussquartals 2019 stehengeblieben wäre. So wurde beispielsweise gemäß Consensus Forecasts vom Januar 2020 – als eine Pandemie für die meisten Menschen undenkbar erschien – für Deutschland für das Jahr 2020 ein Wachstum des realen BIP in Höhe von 0,9 Prozent vorhergesehen und für das Jahr 2021 von 1,0 Prozent.
- Zum anderen kann für eine Schätzung der Wertschöpfungsverluste in Deutschland in den vergangenen 16 Quartalen der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt werden. Damit wird ein ökonomisches Umfeld angenommen, in dem es die Pandemie, den Krieg in der Ukraine, den Konflikt im Nahen Osten und die damit verbundenen geoökonomischen Anpassungslasten nicht gibt. Hier können einerseits die oben zitierten Durchschnittsprognosen für die Jahre 2020 und 2021 gemäß Consensus Forecasts als realistisch erwartbare Entwicklung herangezogen werden. Oder es wird andererseits wie in den vorhergehenden Schätzungen (Grömling, 2022a) die kontrafaktische Wirtschaftsentwicklung mit einem Verlaufstempo fortgeschrieben, das sich an der trendmäßigen Konjunkturdynamik in der Vergangenheit orientiert (für eine ähnliche Vorgehensweise s. etwa European Commission (2021, 17).

Aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen Konjunkturverlaufs auf Basis des gemessenen realen BIP und einem kontrafaktischen Konjunkturverlauf für eine Welt ohne Pandemie und Geopolitikkrise ergeben sich dann jeweils für die 16 betrachteten Quartale die entsprechenden und in Abbildung 3-1 dargestellten Einbußen an gesamtwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung. Die Werte sind preisbereinigt. Aufsummiert über diesen Zeitraum folgt somit ein Verlust an preisbereinigtem BIP in Höhe von insgesamt 545 Milliarden Euro. Um den Charakter einer groben Orientierungsrechnung zu unterstreichen, werden in Abbildung 3-1 gerundete Werte ausgewiesen. Dabei entfallen auf das erste Corona-Jahr 2020 insgesamt 185 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon resultierte allein aus dem starken Wirtschaftseinbruch im zweiten Quartal. In diesem Krisenquartal war auch auf Basis faktischer Werte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Rückgang in Höhe von fast 70 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) zu verzeichnen. Für das Jahr 2021 belaufen sich die geschätzten Einbußen gegenüber einem kontrafaktischen Konjunkturverlauf auf 120 Milliarden Euro. Während die Ausfälle im Jahr 2022 bei rund 100 Milliarden Euro liegen, stiegen sie im Jahr 2023 wieder auf gut 140 Milliarden Euro an.

Abbildung 3-1: Wertschöpfungsverluste durch die Pandemie und Geopolitik in Deutschland

Vierteljährliche Einbußen beim realen BIP¹⁾ in Milliarden Euro



Tatsächlicher Verlauf des realen BIP im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie (berechnet auf Basis viertes Quartal 2019). Gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Aus den Werten in Abbildung 3-1 und der ihnen zugrunde liegenden Berechnung wird der Unterschied zwischen den beiden Schätzmethode deutlich. Abbildung 2-1 zeigt, dass die faktische Wirtschaftsleistung bereits seit dem ersten Quartal 2022 (neuntes Krisenquartal) durchgängig über dem Niveau des Vorkrisenquartals (viertes Quartal 2019) liegt. Zudem wurde im Gefolge des russischen Angriffs auf die Ukraine und der allgemeinen geopolitischen Weltlage das Niveau vom ersten Vierteljahr 2022 in den Folgequartalen nur um durchschnittlich 0,1 Prozent unterschritten, das Niveau vom vierten Quartal 2019 sogar um durchschnittlich 0,4 Prozent übertroffen. Auf Basis einer Schätzung, die sich an einem Referenzniveau der Vergangenheit orientiert, wären in den vergangenen beiden Jahren somit keine Einbußen aufgrund der beiden Schocks zu verzeichnen gewesen. Dagegen ergeben sich auf Basis des kontrafaktischen Vergleichs auch erhebliche Wirtschaftsausfälle in den Jahren 2022 und 2023 – immer unter der Annahme, dass sich ohne diese Krisen das Wirtschaftsleben mit dem Durchschnittstempo der letzten drei Dekaden weiterentwickelt hätte und nicht aus anderen Gründen als die der Pandemie und Geopolitik stehengeblieben wäre.

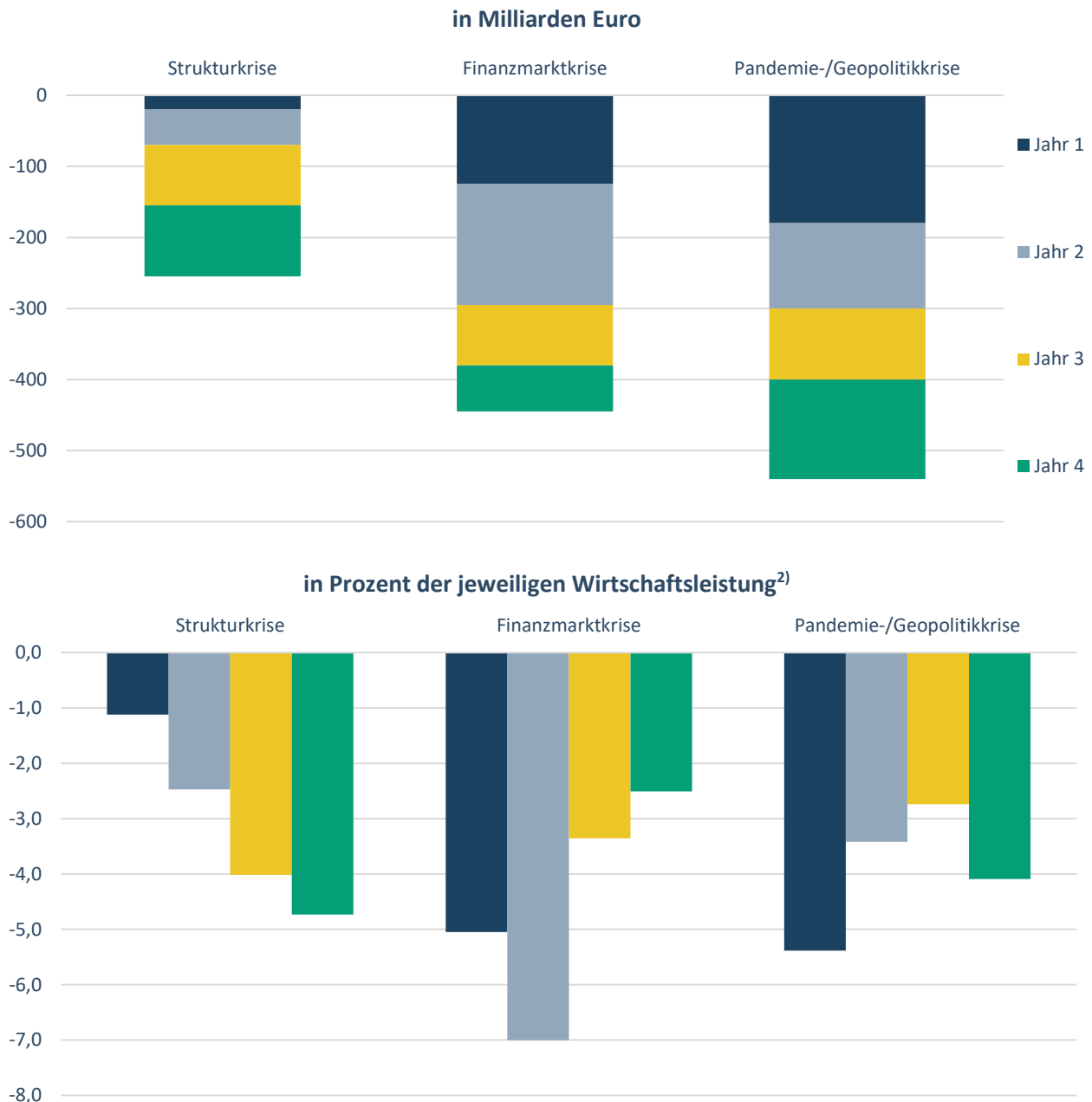
4 Krisenschäden im Vergleich

Wie in Abschnitt 2 dargelegt, werden die bisher aufgelaufenen Wertschöpfungsausfälle in Deutschland infolge der Pandemie und der Geopolitikkrise mit den Einbußen während der Strukturkrise 2001/2004 und der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 verglichen. Damit sollen die aktuellen Krisenschäden in den Kontext früherer Wirtschaftskrisen in Deutschland eingeordnet werden. Auch für die Bewertung der früheren Krisen wird ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf unterstellt, der sich ebenfalls am langfristigen durchschnittlichen Quartalswachstum in Deutschland orientiert.

In Abbildung 4-1 werden im oberen Teil die Einbußen beim realen BIP in den ersten 16 Quartalen nach dem jeweiligen Vorkrisenquartal in Milliarden Euro (gerundete preisbereinigte Werte) dargestellt. Die abgebildeten vier Krisenjahre entsprechen nicht den Kalenderjahren, sondern beginnen jeweils nach dem Vorkrisenquartal, das für die Strukturkrise das erste Quartal 2001, für die Finanzmarktkrise das zweite Quartal 2008 und für die aktuelle Krise das vierte Quartal 2019 ist.

Abbildung 4-1: Wertschöpfungsverluste in Wirtschaftskrisen in Deutschland

Einbußen beim realen BIP¹⁾ in den ersten vier Krisenjahren



Tatsächlicher Verlauf des realen BIP im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie. Gerundete Werte. Ausgangspunkt jeweils Vorkrisenquartal: Strukturkrise (erstes Quartal 2001), Finanzmarktkrise (zweites Quartal 2008) und Pandemie-/Geopolitikkrise (viertes Quartal 2019).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Das bis einschließlich des 16. Krisenquartals aufgelaufene Schadensausmaß ist in absoluten Größen mit jeder Krise höher ausgefallen. Auf Basis der gewählten Schätzmethode waren es in der Strukturkrise rund 255 Milliarden Euro. Im Verlauf der globalen Finanzmarktkrise hatte Deutschland Wertschöpfungsausfälle in Höhe von 445 Milliarden zu verbuchen. Es wurde bereits genannt, dass sich die Kosten der Pandemie und der Geopolitik auf rund 545 Milliarden Euro belaufen. Dabei handelt es sich für diese Zeiträume jeweils um preisbereinigte Werte bezogen auf das jeweilige nominale Ausgangsniveau im Vorkrisenquartal.

Im oberen Teil von Abbildung 4-1 ist bereits zu erkennen, dass die einzelnen Jahre in den drei betrachteten Krisen unterschiedlich stark belastet waren. So nahmen die Wertschöpfungsausfälle während der Strukturkrise von Jahr zu Jahr zu. Dies ergibt sich aus der faktischen Stagnation über den Gesamtzeitraum und dem gleichzeitigen kontrafaktischen Anstieg. Dagegen sind die höchsten absoluten Einbußen in der Pandemie-/Geopolitikkrise im ersten Jahr zu verorten.

Diese unterschiedliche Betroffenheitsstruktur wird auch im unteren Teil von Abbildung 4-1 sichtbar. Dabei werden die jährlichen Wertschöpfungsausfälle auf die jeweilige jährliche gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung bezogen. Mit dieser relativen Betrachtung wird zudem die Vergleichbarkeit der jeweiligen Wertschöpfungsausfälle in den drei betrachteten Krisen hergestellt. Demnach waren die höchsten Ausfälle (mit insgesamt knapp 4 ½ Prozent der tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in den vier Jahren) während der Finanzmarktkrise zu verzeichnen. Im Gefolge der Strukturkrise beliefen sich die Wertschöpfungsverluste auf gut 3 Prozent. Bislang waren in den 16 Quartalen seit Ausbruch der Corona-Pandemie Einbußen in Höhe von knapp 4 Prozent der tatsächlichen Wirtschaftsleistung zu verzeichnen.

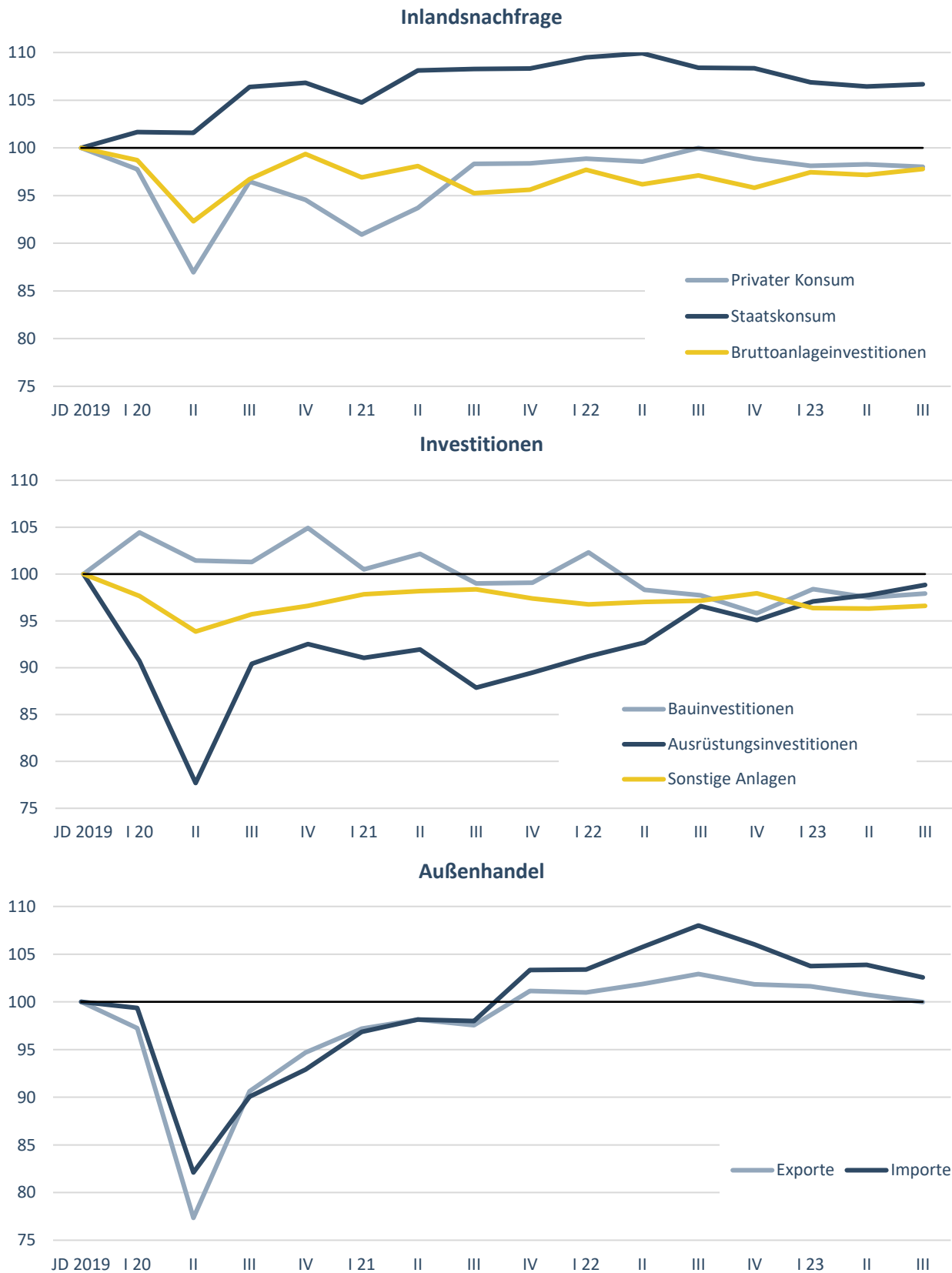
5 Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die einzelnen Bereiche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage waren bislang von der Pandemie und den geopolitischen Verwerfungen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen (Abbildung 5-1):

- Der **Private Konsum** spiegelt mit seinem Verlauf zunächst die mehrfachen Pandemiewellen und die diese begleitenden Lockdownmaßnahmen wider. Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte brachen im zweiten Quartal kräftig ein und lagen um 13 Prozent unter dem Jahresdurchschnitt von 2019. Dagegen konnte sich der Private Konsum während der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 zunächst gut behaupten und er gab erst verzögert und auch nur vergleichsweise moderat nach. Am aktuellen Rand wurden die ersten Erholungserfolge im Winterhalbjahr 2020/2021 wieder deutlich eingebüßt. Nachdem im Jahresverlauf 2021 das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden konnte, haben die Kaufkraftverluste infolge des kriegsbedingten Energiepreisschocks eine weitere Erholung unterbunden.
- Der **Staatskonsum** legte infolge der pandemiebedingten Zusatzausgaben ab dem zweiten Quartal 2020 deutlich zu – obwohl es auch hier Bereiche gab (öffentliche Kultur- und Freizeiteinrichtungen), in denen kräftige Mindereinnahmen zu verzeichnen waren. Über den gesamten Pandemieverlauf wirkte der Staatsverbrauch den Rückgängen in anderen Nachfragebereichen entgegen. Das gilt auch für die Zeit nach der russischen Invasion in der Ukraine. Im zweiten Quartal 2022 lag dieses Verwendungsaggregat um 10 Prozent über dem Jahresdurchschnittsniveau von 2019. Danach gingen die expansiven Impulse sichtbar zurück. Gleichwohl lag der preisbereinigte Staatskonsum zuletzt um 7 Prozent über dem Niveau von 2019.

Abbildung 5-1: Nachfrageeffekte der Pandemie- und Geopolitikkrise in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

- Die realen **Bruttoanlageinvestitionen** kamen nach dem Einbruch im zweiten Quartal 2020 bis zum Jahresbeginn 2021 nahezu auf ihr Vorkrisenniveau zurück. Danach gingen sie wieder zurück und infolge der zulieferungsbedingten Produktionsprobleme, der geopolitischen Verunsicherungen und der steigenden Finanzierungskosten liegen sie seit drei Jahren unter dem Niveau von 2019. Bei den **Ausrüstungsinvestitionen** kam die anfängliche Erholung nach dem überaus starken Einbruch im zweiten Quartal 2020 schnell zum Erliegen und sie lagen beim Ausbruch des Ukrainekriegs um rund 10 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Trotz der geopolitischen Verwerfungen kam es danach zu einer weiteren Erholung. Dabei gilt es zu bedenken, dass in diesem Aggregat auch militärische Waffensysteme verbucht werden. Die realen **Bauinvestitionen** konnten sich bis zum Jahr 2022 über dem Vorkrisenniveau halten. Infolge der stark angestiegenen Finanzierungskosten sind die Bauinvestitionen seitdem insgesamt rückläufig. Die Sonstigen Anlagen, zu denen vorwiegend **immaterielle Investitionsgüter** wie Ausgaben für Forschung, Software und Daten zählen, liegen seit Anbeginn der Krisen durchgängig unter dem Vorkrisenniveau.
- Beim deutschen **Außenhandel** waren im zweiten Quartal 2020 starke Einbrüche zu verzeichnen. Das galt sowohl für die Exporte (–20 Prozent) als auch für die Importe (–17 Prozent). Danach zeigte sich zunächst eine rasche Erholung, die aber aufgrund der global belasteten Logistikkapazitäten abflachte. Gleichwohl lagen die preisbereinigten Exporte und Importe beim Kriegsausbruch in der Ukraine wieder über dem Jahresniveau von 2019. Das Jahr 2022 war zunächst von einer kräftigen Erholung beim deutschen Außenhandel geprägt – vor allem bei den Importen. Ab dem dritten Quartal 2022 setzte jedoch infolge der sich abschwächenden Weltwirtschaft ein anhaltender Rückgang bei den Importen und Exporten ein. Die realen Ausfuhren lagen zuletzt wieder auf dem Jahresniveau von 2019.

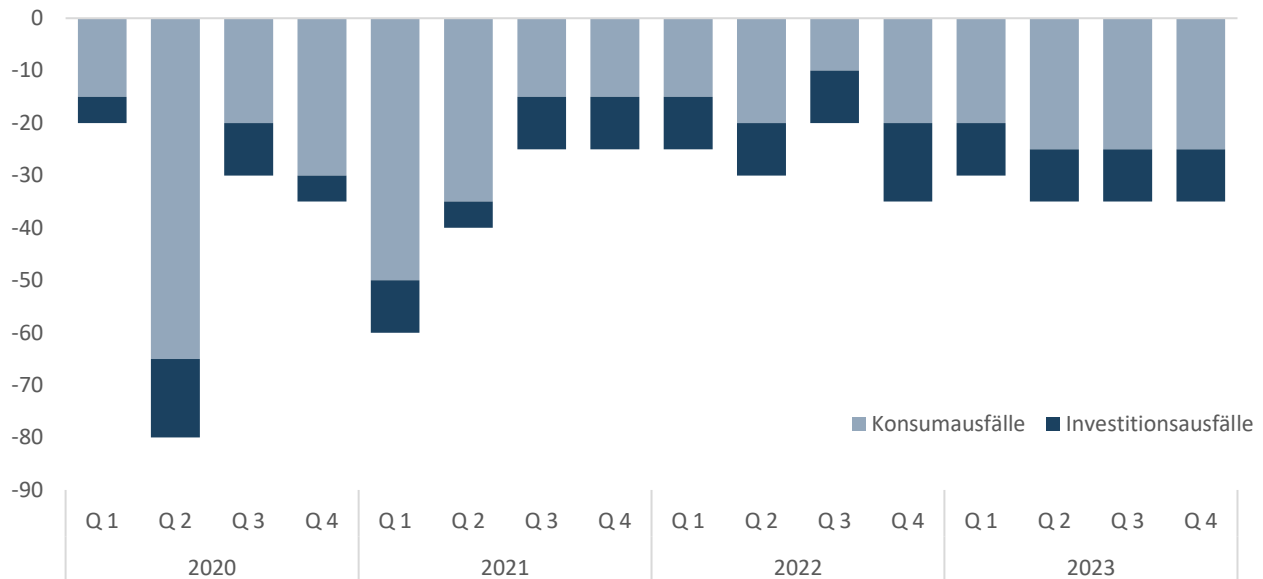
Für die einzelnen makroökonomischen Verwendungsaggregate können aufgrund der oben angewandten Methode entsprechende Ausfälle gegenüber einer kontrafaktischen Wirtschaftswelt geschätzt werden. Abbildung 5-2 zeigt die Quartalswerte für den preisbereinigten privaten Konsum sowie die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland für die vergangenen 16 Quartale:

- Beim **Privaten Konsum** dürften sich die gesamten Einbußen mittlerweile auf über 400 Milliarden Euro belaufen – davon fast 250 Milliarden Euro auf die beiden Pandemie-Jahre 2020 und 2021. Das entspricht einem Konsumausfall je Einwohner in Höhe von insgesamt rund 4.800 Euro. Das entspricht zum einen gut 5 ½ Prozent des Konsums in dieser Zeit und zum anderen einer Konsumeinbuße je Einwohner von insgesamt rund 4.800 Euro bezogen auf die vier Jahre. Die Lockdown-Maßnahmen und Verhaltensänderungen trafen zunächst vor allem die personenintensiven Teile des Konsums. Aus dem Quartalsprofil ist zu ersehen, dass die einzelnen Infektionswellen jeweils mit großen Konsumeinbußen einhergingen. Im Jahr 2022 und vor allem im Jahr 2023 zeigen sich dann die negativen Effekte der hohen Inflation und der damit einhergehenden Kaufkraftverluste beim Konsum. Dass die negativen Effekte nicht noch größer ausfielen, hat mit der Verwendung der zuvor gebildeten Ersparnisse zu tun. Die Lockdown-Maßnahmen hatten ein Zwangssparen der privaten Haushalte zur Folge. Ihre Sparquote lag im Krisenjahr 2020 mit 16,5 Prozent und 2021 mit knapp 15 Prozent um rund 5 Prozentpunkte über dem langfristigen Durchschnittsniveau. In absoluten Größen übertraf das private Sparen in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils rund 100 Milliarden Euro den Durchschnittswert der drei vorhergehenden Jahre. Diese Ersparnisse konnten in den Jahren 2022 und 2023 eingesetzt werden, um den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten entgegenzuwirken.
- Die Ausfälle bei den **Bruttoanlageinvestitionen** infolge der Pandemie und der geopolitischen Konflikte belaufen sich bezogen auf die vergangenen 16 Quartale auf insgesamt 155 Milliarden Euro. Das entspricht gut 5 ¼ Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen dieser vier Jahre. Dabei entfallen rund 70 Milliarden auf die beiden Pandemie-Jahre und die weiteren 85 Milliarden auf die Jahre 2022 und 2023, die sowohl von der Pandemie als auch vom Krieg in der Ukraine und den globalen Verunsicherungen geprägt

waren. Während sich die Investitionsverluste zunächst nur auf die Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in immaterielle Kapitalgüter bezogen haben, kommen seit dem Jahr 2022 auch die Ausfälle bei den Bauinvestitionen hinzu.

Abbildung 5-2: Konsum- und Investitionsausfälle durch Pandemie und Geopolitikkrise in Deutschland

Vierteljährliche Einbußen beim realen Privaten Konsum und den Bruttoanlageinvestitionen¹⁾ in Milliarden Euro



1) Tatsächlicher Verlauf im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie und ohne Geopolitikkrise (berechnet auf Basis viertes Quartal 2019). Gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Den hier explizit aufgezeigten Ausfällen beim Privaten Konsum und bei den Bruttoanlageinvestitionen stehen die in Abbildung 5-1 sichtbaren Impulse vonseiten des Staatskonsums infolge der Konjunkturpakete und pandemiebedingter Zusatzausgaben – etwa im Gesundheitsbereich die Ausgaben für Impf- und Testzentren sowie die Impfstoffe – gegenüber. Hinzu kommen ab 2022 die staatlichen Maßnahmen zur Abmilderung der Lasten infolge des kriegsbedingten Energieschocks. Über den gesamten Betrachtungszeitraum liegt der Staatskonsum über einem kontrafaktischen Verlauf.

6 Schlussbemerkungen

Die großen Krisen der vergangenen vier Jahre – die Pandemie sowie die russische Invasion in der Ukraine und die damit einhergehenden geopolitischen Verwerfungen – haben die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stillgelegt. Die gesamtwirtschaftliche Leistung kommt seit geraumer Zeit nicht mehr über das Niveau des Jahres 2019 hinaus. Eine erneute und aktualisierte Bilanzierung nach diesen vier Jahren kommt zu einem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung in einer Größenordnung von insgesamt 545 Milliarden Euro. Diese Schätzung resultiert aus einer Gegenüberstellung des tatsächlichen Konjunkturverlaufs auf Basis des gemessenen realen BIP einerseits und einem kontrafaktischen Konjunkturverlauf für eine Welt ohne Pandemie und Geopolitikkrise andererseits. Mit diesem Wertschöpfungsverlust auf der Entstehungsseite der Volkswirtschaft gehen Konsumausfälle in Höhe von gut 400 Milliarden Euro bezogen auf diesen Zeitraum einher. Das entspricht je Einwohner einer Konsumeinbuße von insgesamt rund 4.800 Euro in dieser Zeit. Während zunächst die eingeschränkten Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten und die krisenbedingten

Verhaltensänderungen den Konsum einschränkten, sorgten die Kaufkraftverluste durch den kriegsbedingten Energieschock für Einbußen in den vergangenen beiden Jahren. Die Ausfälle bei den Investitionen in Ausrüstungen, Bauten und immaterielle Kapitalgüter belaufen sich bezogen auf die vergangenen 16 Quartale auf insgesamt 155 Milliarden Euro. Über die entgangenen Kapitalstockeffekte – nicht nur gegenüber einem kontrafaktischen Zustand, sondern selbst gegenüber dem Vorkrisenniveau – wird das Produktionspotenzial der Volkswirtschaft über eine längere Zeit belastet (Grömling, 2021). Die Investitionsverluste haben bleibende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Fähigkeit, die großen Herausforderungen durch die Digitalisierung, die Dekarbonisierung, die demografische Entwicklung und den Aufbau resilienter Lieferketten besser bewältigen zu können.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Krisenverläufe in Deutschland im Vergleich	7
Abbildung 3-1: Wertschöpfungsverluste durch die Pandemie und Geopolitik in Deutschland	10
Abbildung 4-1: Wertschöpfungsverluste in Wirtschaftskrisen in Deutschland	11
Abbildung 5-1: Nachfrageeffekte der Pandemie- und Geopolitikkrise in Deutschland	13
Abbildung 5-2: Konsum- und Investitionsausfälle durch Pandemie und Geopolitikkrise in Deutschland	15

Literaturverzeichnis

Aiyar, Shekhar et al., 2023, Goeconomic Fragmentation and the Future of Multilateralism, IMF Staff Discussion Notes, Nr. SDN/2023/001, Washington, D.C.

Bardt, Hubertus et al., 2023, IW-Konjunkturprognose Winter 2023. Hausgemachte Probleme verschärfen konjunkturelle Schwäche, IW-Konjunkturprognose Winter 2023, IW-Report, Nr. 65, Köln

European Commission, 2021, European Economic Forecast. Winter 2021. European Economy Institutional Paper, Nr. 144, Brüssel

Grömling, Michael, 2021, COVID-19 and the Growth Potential, in: Intereconomics, 56. Jg., Nr. 1, S. 45–49

Grömling, Michael, 2022a, Ökonomische Verluste nach zwei Jahren Corona-Pandemie, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Grömling, Michael, 2022b, Wirtschaftliche Effekte des Krieges in der Ukraine – Ausgangslage und Übertragungswege, IW-Report, Nr. 14, Köln

Grömling, Michael, 2024, Herausforderungen der Industrie am Standort Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 74. Jg., Nr. 4–5, S. 25–34

Grömling, Michael / Bardt Hubertus, 2023, Unternehmen befürchten dauerhafte Kostenbelastungen, in: Wirtschaftsdienst, 103. Jg., Nr. 8, S. 539–545

Grömling, Michael / Hentze, Tobias / Schäfer, Holger, 2022, Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland – Eine ökonomische Bilanz nach zwei Jahren, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 1, S. 41–72

Kolev, Galina / Matthes, Jürgen, 2021, Protektionismus und Abschottungstendenzen bremsen und verändern die Globalisierung, in: Wirtschaftsdienst, 101. Jg., Nr. 11, S. 845–849

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Wiesbaden

SVR, 2012, Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/13, Wiesbaden